27. Jahrgang — Bochum, den 29. Mai 1915 — Nummer 22

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38—42. Telephon-Nrn. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Was muß nun geschehen?

Der Kriegssturm heult fast durch die ganze „zivilisierte" Welt. Unerhörte Zerstörungen bezeichnen seinen Weg. Bald zehn Monate lastet das Schrecknis auf der Menschheit und augenblicklich ist es zur Gewißheit geworden, daß auch noch Italien in das Verhängnis hineingerissen ist. Statt mit einem baldigen Frieden müssen wir höchstwahrscheinlich mit einer sehr verlängeren Kriegsdauer rechnen.

Wie auch im 20. Jahrhundert noch ein Kulturvolk in einen unabsehbar blutigen Krieg förmlich hineingehetzt, verbrecherisch hineingehetzt werden kann, das lehren uns die Vorgänge in Italien. Zweifellos war und ist vielleicht noch dort die Masse des Volkes wenn auch nicht gerade deutschfreundlich, so doch kriegsfeindlich gesinnt. Auch in der Regierung, selbst im Heere besitzen die Freunde der Neutralität kräftige Stützen. Allen friedensfreundlichen politischen Gruppen voran bekämpft die sozialdemokratische Partei Italiens leidenschaftlich die verbrecherischen Kriegshetzer. Und doch haben diese inzwischen bald ganz Italien in hellen Aufruhr gebracht, den chauvinistischen Fanatismus bis zur Siedehitze entfacht, große Straßentumulte, zum Teil blutige Zusammenstöße zwischen Friedens- und Kriegsfreunden, Militär und nationalistischen Demonstranten herbeigeführt. Unter dem fanatisierenden Einfluß dieser von der großstädtischen kapitalistischen Presse systematisch betriebenen verbrecherischen Kriegshetze gegen die alten Bundesgenossen sind zweifellos immer größere Massen namentlich der großstädtischen Bevölkerung von chauvinistischer Raserei erfaßt worden. Sie vergreifen sich an den sogenannten „feindlichen Ausländern" (Oesterreicher und Deutsche), fordern den Rücktritt friedensfreundlicher Staatsleiter — obgleich die zehn Monate Weltkrieg doch auch den Italienern gelehrt haben müssen, was für ein fürchterliches Völkerunglück ein Krieg ist!

Was wir in den letzten spannungsreichen Tagen und Wochen aus dem schönen Lande jenseits der Alpen erfahren haben, das lehrt uns einzusehen, wie wenig doch noch sehr breite Volksmassen zum klaren Bewußtsein ihrer wirklichen Lebensnotwendigkeiten gekommen sind. Die Stimme der Vernunft sollte in Italien um so leichter zum Siege kommen können, weil ihm Oesterreich in der Tat sehr wertvolle Zugeständnisse gemacht hat und doch ein Krieg ungeheure Verluste an Blut und Gut kostet. Indessen, die Elemente, welche ihre Hoffnung sowohl auf blindwütige Leidenschaften als auf kaltrechnenden Geschäftspotriotismus setzen, brachten noch die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit zum Verstummen.

Der Weltkrieg ist damit in ein neues Stadium getreten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nun einen neuen Feind im Kriegsfelde gegen sich stehen. Damit haben wir uns notgedrungen abzufinden. Wir müssen uns noch kräftiger wie bisher unserer Haut wehren, um das auch von unserem Volke nicht gewollte Ringen zu einem guten Ende für uns führen zu können. Das muß zunächst geschehen. Ist dies Ziel, hoffentlich bald, erreicht, dann werden wir genötigt sein, in unserem Vaterlande die großen Schäden zu heilen, die der Krieg verursacht hat, und neue Bahnen zu legen. Der Streit der wirtschaftlichen und der politischen Parteien um die Verteilung des Produktionsertrages zwischen Arbeit und Kapital und um den Einfluß auf die staatlichen Maßnahmen wird sicher wieder kommen. Jene Interessentengruppe, welche über die stärkste Zusammenfassung ihrer Kräfte, über die beste Organisation verfügt, wird auch in diesem Kampfe den Sieg davontragen.

Was jetzt schon geschehen muß, um den Bergarbeitern die ihnen gebührende Stellung als Produzenten und als Staatsbürger zu verschaffen, das ist mit wenig Worten gesagt:

Vereinigt euch, damit ihr stark seid! Verbündet euch, **Hinein in den Bergarbeiterverband!**

Gewaltig sind die von uns zu bringenden Kriegsopfer. Viele Hunderttausende unserer besten Gewerkschaftsgenossen stehen im Kriegsfelde, opfern alles für die Erhaltung der Staatsgeltung ihres Vaterlandes. Viele Tausende haben schon ihr Leben geopfert.

Ist es da zu viel von den daheimgebliebenen Bergleuten verlangt, wenn wir sie auffordern, nunmehr ihre verderbliche Gleichgiltigkeit aufzugeben und durch die rasche Verstärkung des Bergarbeiterverbandes die wichtigste Vorbedingung für eine bessere, freiere Zukunft der Arbeiterschaft zu erfüllen? Kameraden, ist es zu viel verlangt, wenn wir von euch fordern: Sorgt jetzt auch entschieden für die Wahrung eurer wirtschaftlichen Interessen! Lebt nicht weiter wie die Toren und Kinder in den Tag hinein! Die Kriegszeiten nicht nur, auch die zukünftigen Kämpfe um eure Berufsinteressen erfordern Männer!

Wann und wie auch der Krieg zu Ende geht, hinterher werden die Bergarbeiter einen sehr starken Verband so nötig wie nur jemals haben!

In imponierender, darum siegverheißender Einigkeit treten wir den ausländischen Feinden gegenüber. Mit gleicher Einigkeit muß sich die Bergarbeiterschaft in dem Bergarbeiterverband zusammenschließen.

Das muß geschehen, wenn die zukunftsfrohen Hoffnungen in Erfüllung gehen sollen. **Wir selber** müssen die Hoffnungen verwirklichen. Darum jetzt **vorwärts,** Kameraden, dem Ziele zu! Wer noch zurückbleibt, hat das schlimmste Los verdient.

Die Leistungen der Braunkohlenbergleute

während des Krieges sind ganz außerordentlich. Betrachten wir uns die amtliche Statistik über den gesamten preußischen Braunkohlenbergbau, dann erblicken wir folgende Durchschnittszahlen:

	1913	1914
Förderung	70 597 712 Tonnen	67 375 718 Tonnen
Absatz	70 599 565 Tonnen	67 476 237 Tonnen
Arbeiterzahl	59 866	55 222

Durchschnittlich ist mithin die Förderung um 4,56 Prozent, die Zahl der Arbeiter um knapp 8 Prozent zurückgegangen. Also ist die Förderung pro Arbeiter noch gestiegen.

Sehen wir aber näher zu und greifen wir die beiden Hauptbezirke heraus, dann wird die erhöhte Arbeiterleistung noch weit offenkundiger. Das dritte Quartal 1914 zeichnet sich infolge des jähen Kriegsausbruches und seiner niederdrückenden Wirkungen (starker Arbeiterabgang, Stockung des privaten Gütertransports) durch eine erheblich gesunkene Förderung aus. Im vierten Quartal hatten sich die Betriebe schon wieder überraschend gut den Verhältnissen angepaßt. Es betrug 1914

	im Oberbergamtsbezirk Halle		im Oberbergamtsbezirk Bonn	
	2. Quartal Tonnen	4. Quartal Tonnen	2. Quartal Tonnen	4. Quartal Tonnen
Die Förderung	11 528 195	11 688 863	5 138 356	4 949 963
Die Arbeiterzahl	45 413	34 855	12 850	10 651

Rechnen wir die jeweilige Förderung auf pro Kopf der Belegschaft um, so ergibt sich folgendes. Es entfielen durchschnittlich auf den Arbeiter an Förderung im

	2. Quartal 1914	4. Quartal 1914
Oberbergamtsbezirk Halle	254 Tonnen	335 Tonnen
Oberbergamtsbezirk Bonn	400 Tonnen	464 Tonnen

Mithin ist die Förderung pro Arbeiter im vierten Quartal des Kriegsjahres bedeutend höher gewesen als vor dem Kriege! Die absolut höhere Durchschnittsförderung im rheinischen Braunkohlenbergbau (Oberbergamtsbezirk Bonn, hauptsächlich im Revier Brühl bei Köln) wird erzielt, weil hier der breite Tagesbau mit maschineller Gewinnung ausschlaggebend ist, ähnlich wie in Brandenburg. Sieht man sich die enorme Förderungszunahme pro Arbeiter an, dann muß man die werksseitige Behauptung, die Betriebskosten pro Tonne seien erheblich gestiegen, schlechterdings bezweifeln.

Die Brikett- oder Preßkohlenfabrikation kann auch nicht in dem behaupteten Maße verteuert worden sein, denn diese Fabrikation betrug

	1913	1914
in Preußen	17 694 658 Tonnen	17 532 886 Tonnen
in Deutschland	21 417 979 Tonnen	21 448 600 Tonnen

Demzufolge ist die Produktion in Preußen nur ganz wenig gesunken, in Deutschland sogar noch etwas gestiegen, trotz erheblich geringerer Arbeiterzahl!

Dagegen hat betragen der durchschnittliche Schichtverdienst der Braunkohlenbergleute im

	2. Quartal 1914	4. Quartal 1914
Oberbergamtsbezirk Halle	3,74 Mark	3,73 Mark
linksrheinischen Bezirk	4,25 Mark	4,20 Mark

Bei bedeutend erhöhter Förderung pro Arbeiter sind deren Löhne sogar noch gesunken! Der übliche Einwand, es seien im vierten Quartal weniger Arbeiter der höchsten Lohnklasse beschäftigt gewesen, fällt ja in sich zusammen, da nachweislich dennoch eine weit höhere Förderung pro Arbeiter erzielt wurde. Also hat man erheblich weniger Arbeitslohn pro Tonne gezahlt als früher!

Die Forderung: Lohnerhöhung! ist also nicht nur wegen der Nahrungsverteuerung berechtigt, sondern auch leicht durchführbar. Braunkohlenarbeiter, wenn ihr eure Interessen wahren wollt, dann müßt ihr euch dem Bergarbeiterverband anschließen!

Sind Lohnerhöhungen möglich?

Daß infolge der Nahrungsverteuerung Lohnerhöhungen notwendig sind, das hat auch der preußische Bergwerksminister Herr Sydow rückhaltlos anerkannt. Sind denn aber auch Lohnerhöhungen etwa in dem Umfange der als erforderlich anerkannten Teuerungszulage möglich? Können die Werksbesitzer bei den gegenwärtigen Betriebsergebnissen eine solche Lohnerhöhung gewähren? Diese Frage müssen wir uns als Männer, die mit Verantwortlichkeitsgefühl handeln, auch vorlegen. Suchen wir sie zu beantworten durch die Betrachtung einer Anzahl Geschäftsberichte typischer Bergbau-Unternehmungen.

Zunächst einige aus der **Braunkohlenindustrie.**

Die A.-G. Karoline bei Offleben hat für 1914 noch **20 Prozent** Dividende verteilt. In den letzten sieben Jahren allein hat dieses Werk zusammen **200 Prozent** Dividende „ausgeschüttet"! — Von der A.-G. Ilse, Niederlausitz, wird folgendes berichtet:

	Rohkohlenförderung	Rohgewinn	Reingewinn
1912	65,22 Millionen Hektoliter	8 865 408 Mark	3 256 235 Mark
1913	67,16 Millionen Hektoliter	8 735 894 Mark	3 534 529 Mark
1914	66,15 Millionen Hektoliter	9 560 000 Mark	3 750 000 Mark

Trotz Rückgang der Förderung im ersten Kriegsjahr ist doch der Betriebsüberschuß bedeutend gestiegen. Also war die ab 1. April eingetretene Preiserhöhung für Briketts usw. keine Notwendigkeit. Ilse, die nicht mehr dem Syndikat angehört, hat sich nach Kriegsbeginn das „Recht vorbehalten", bei neuen Verkäufen weitere 1,50 Mk. Preiserhöhung pro Tonne eintreten zu lassen. Sie hält sich damit den Syndikatspreisen etwa gleich. Die Braunkohlenförderung im Oberbergamtsbezirk Halle war im vierten Quartal 1914 sogar noch etwas höher als im zweiten Quartal, obgleich über 10 000 Arbeiter weniger beschäftigt wurden! Infolgedessen kann hier unseres Erachtens nun keine tatsächliche Selbstkostenerhöhung vorliegen. Man darf daher annehmen, daß jetzt die mitteldeutschen Braunkohlenwerke im allgemeinen mindestens nicht nennenswert schlechter profitieren, als vor dem Kriege. Das größte dortige Unternehmen, die Riebeckschen Montanwerke (Halle) hatte in den Jahren

	1911/12	1913/14
Rohgewinn	6 407 296 Mark	8 274 465 Mark
Reingewinn	2 614 901 Mark	3 697 862 Mark

Da der Absatz während der Kriegszeit außergewöhnlich flott ist und die Preise erhöht worden sind, dürfe der Betriebsgewinn wieder ein sehr bedeutender sein, zumal nun im Braunkohlengebiet in stark erhöhtem Maße die billigere maschinelle Gewinnungsarbeit in Anwendung kommt. Beispielsweise teilt die Verwaltung der Grube Leopold bei Edderitz (Anhalt) ihren Aktionären über die Gewinnaussichten mit:

„Der in den Tiefbaubetrieben bis vor kurzem noch sehr störende Mangel an geschulten Bergarbeitern konnte durch Einstellung von gefangenen Russen und Franzosen teilweise überwunden werden. Um die Leistungsfähigkeit des Holzweißiger Werkes zu heben, sei die Anschaffung und Aufstellung eines Kohlenbaggers beschlossen worden, der im Juli dieses Jahres in Betrieb genommen werden soll; etwa **drei Viertel der Kohlenproduktion des Werkes würden dann in Zukunft dadurch auf maschinellem Wege gefördert werden. Im laufenden Jahre übersteigen, wie die Direktion zum Schluß noch bemerkt, trotz der Ausfälle in Edderitz und Gerlebogk Förderung und Brikettabsatz in ihrer Gesamtsumme im ersten Quartal dieses Jahres die entsprechenden Zahlen des Vorjahres.**"

Die Förderung wird also nun sogar noch höher als vor dem Kriege sein und sicher nicht teurer. — Trotz Kriegsstörungen und Arbeitermangel konnte die A.-G. Roddergrube bei Brühl (Bezirk Köln) ihre Rohkohlenförderung 1914 um 3 auf 56 Millionen Hektoliter erhöhen. Der Absatz stieg nach anfänglich starker Stockung (während der ersten Kriegswochen) allein an Rohkohlen von 3,98 auf 6,26 Millionen Hektoliter. Der Rohüberschuß stellte sich 1914 auf 5,03 Millionen Mark. Er war zwar infolge der erwähnten Störungen um rund 700 000 Mark niedriger als 1913, jedoch konnten nach starken Abschreibungen immer noch über 3,6 Millionen Mark (14 Prozent gegen 15 Proz. in 1913 und 12 Proz. in 1912) als Dividende verteilt werden. Auch hier sind inzwischen Erhöhungen der Rohkohlen- und Brikettpreise eingetreten. Die für 1914 verteilte Ausbeute belief sich auf **über 2000 Mark pro beschäftigten Arbeiter!** —

Die **Erzbergwerke** gehören überwiegend zu Hüttenwerken, darum findet eine gesonderte Veröffentlichung ihrer Betriebsergebnisse selten statt. Der Betrieb der sogenannten „gemischten Werke" (Gruben und Hütten vereinigt) ist vor dem Kriege ein sehr profitabler gewesen; augenblicklich sind sie vorwiegend mit der Herstellung von hochbezahltem Kriegsmaterial beschäftigt. Allein sechs der größten gemischten Werke Deutschlands erzielten an Ueberschüssen

1910	135 792 315 Mk.	1912	181 273 157 Mk.
1911	159 856 619 Mk.	1913	215 420 374 Mk.

Das sind, wie der Augenschein lehrt, gewaltige Gewinnsteigerungen. Nun sind zwar während des Krieges manche Roh- und Halbstoffe namhaft verteuert worden, aber zum erheblichen Teil kommen diese Verteuerungen wieder als Gewinne der großen Bergwerks- und Hüttenbesitzer zur Verrechnung, weil diese selbst auch die Verkäufer der betreffenden Materialien sind. Daß die Selbstkostenerhöhungen fast keinen Betriebsgewinn mehr zulassen, wird zwar oft behauptet, kann aber nicht zutreffen. So hatte die nicht einmal zu den erstklassigen Unternehmungen zählende Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-A.-G. Berzelius (in Mark):

	1912	1913	1914
Rohgewinn	1 422 809	1 439 279	1 595 740
Reingewinn	509 724	563 121	590 059

Mithin stieg selbst in dem störungsreichen Kriegsjahr 1914 der Betriebsgewinn. Da kann man sich leicht vorstellen, wie enorm die Kriegsgewinne der führenden Bergwerks- und Hüttengesellschaften sind. Selbst die verhältnismäßig am schlechtesten gestellten „reinen" Erzgruben machen nun hohe Gewinne. Die Siegerländer Grube Pfannenberger Eisenzug erzielte schon 1914 einen Reingewinn von über 3 Mark pro Tonne. Die größte Eisensteinzeche des Siegerlandes, die Gewerkschaft Storch und Schöneberg, brachte es 1914 auf fast 4 Mark Ueberschuß pro Tonne. Nun sind aber die Preise der Erze im laufenden Jahre stark erhöht worden. Während im 2. Quartal 1914 für die Tonne Siegerländer Rostspat 18,83 Mk. gezahlt wurden, kostet sie gegenwärtig mindestens 21,80 Mk., für Rohspat werden nun über 14, für Brauneisenstein über 18 Mk., für Lothringer Minette über 4 Mk. pro Tonne gezahlt. Demnach sind bedeutende Preiserhöhungen eingetreten, die hohe Gewinne bringen und die Aufbesserung der Löhne leicht ermöglichen. —

Im **Steinkohlenbergbau** hat der Kriegsausbruch anfänglich auch die Betriebsüberschüsse stark beeinträchtigt, eine Anzahl Werke mußten in den Monaten August-September sogar mit Verlust arbeiten. Das müssen wir gerechterweise berücksichtigen. Aber schon im 4. Quartal 1914 waren die Werksabrechnungen bedeutend besser. Es gab nun sogar schon Werke, die höhere Ueberschüsse pro Tonne machten als im gleichen Quartal vor dem Kriege. Infolge der Einberufung starker Belegschaftsteile (25 bis 30 Prozent) ging die Förderung natürlich zurück, die allgemeinen Unkosten, auf die Ueberförderung vor dem Kriege eingestellt, verringerten sich nur wenig. Aber das hat sich mittlerweile stark zum Besseren gewandt.

Beispielsweise betrugen die Ueberschüsse von

	im 4. Quartal 1914	im 1. Qu. 1915
Alte Haase	30 214 Mk.	59 685 Mk.
Caroline	54 853 „	75 480 „
Constantin der Große	1 002 760 „	1 118 916 „
Friedrich der Große	306 867 „	548 404 „
Gottessegen	40 257 „	40 140 „
Graf Bismarck	718 021 „	987 241 „
Graf Schwerin	95 558 „	175 240 „
Heinrich	132 658 „	188 974 „
Helene und Amalie	280 578 „	401 050 „
Hibernia	1 982 800 „	2 521 899 „
Johann Deimelsberg	184 427 „	188 245 „
Lothringen	388 071 „	451 601 „
Mont Cenis	480 526 „	555 506 „
Schlirbank und Charlottenburg	85 130 „	88 806 „

Im 1. Quartal 1915 war die Kohlenförderung nur wenig höher als im Vorquartal. Es wurden immer noch Bergleute zum Heere eingerufen. Wir sehen aber, daß die Betriebsüberschüsse teilweise sogar ganz bedeutend gestiegen sind. Es handelt sich dabei um Zechengesellschaften vom größten (Hibernia) und vom kleinsten Umfange (Alte Haase). Eine ganze Anzahl Werksberichte sind übrigens jetzt so knapp und unübersichtlich gehalten, daß wir keine genaue Auskunft mehr über die Art der vorgenommenen, auffallend hohen Ausgaben erhalten. In bestimmten Fällen kann man vermuten, daß nun besonders hohe Aufwendungen von den Rohüberschüssen für Rückstellungen vorgenommen werden, wodurch plötzlich die „verbleibenden" Ueberschüsse außerordentlich gering erscheinen, was durch die betriebliche Lage der betreffenden Gesellschaften keine einleuchtende Begründung erfährt. Immerhin ergibt eine Umrechnung der veröffentlichten Gewinne, daß nur wenige Gesellschaften im 4. Quartal 1914 und im 1. Quartal 1915 einen geringeren Ueberschuß als 1,50 Mk. pro Tonne hatten, einige erübrigten sogar mehr als 3 Mk. pro Tonne; mehr als vor dem Kriege. Und vom 1. April an sind dann die Syndikats-Richtpreise noch um durchschnittlich 2 Mark pro Tonne erhöht worden!

Welche Ueberschüsse auch 1914 noch erzielt wurden, sei an zwei Beispielen illustriert. Die Zechengewerkschaft Langenbrahm bei Essen hatte

	1913	1914
Kohlenförderung	766 085 To.	639 587 To.
Betriebsüberschuß	3 276 614 Mk.	2 284 517 Mk.

Der Rohüberschuß belief sich also in dem besten Jahre, 1913, pro Tonne auf über 4 Mk., 1914 aber auch noch auf über 3 Mk.! In der Werkspresse ist behauptet worden, die Tonnenüberschüsse betrügen allgemein kaum eine Mark. Langenbrahm hatte 1914 noch über 3 Mark Tonnenüberschuß. Trotzdem sind natürlich auch die Preise für Langenbrahmkohlen ab 1. April um 2 Mk. pro Tonne erhöht worden. — Die A.-G. Dahlbusch bei Rotthausen hatte

	1913	1914
Kohlenförderung	1 205 984 To.	1 038 339 To.
Betriebsüberschuß	4 373 196 Mk.	2 824 916 Mk.

Hier belief sich der Rohüberschuß 1913 pro Tonne auf weit über 3 Mark, 1914 aber auch noch auf weit über 2 Mark. Und trotzdem erklärt die Werksverwaltung:

„Die ab 1. April 1915 erhöhten Kohlenpreise (2 Mk. pro Tonne!) werden kaum (!) dazu beitragen, daß die Zechen wesentlich bessere Erträgnisse als im verflossenen Jahre liefern, da die Preiserhöhung fast ganz durch die noch weiter steigenden Selbstkosten aufgezehrt wird."

So wird schon wieder eine **neue Kohlenpreiserhöhung** angekündigt, obgleich eine allgemeine Lohnaufbesserung, die auch nur den vierten Teil der schon erfolgten Kohlenpreiserhöhung in Anspruch nehmen würde, noch immer nicht erfolgt ist! Die Werksbesitzer betrachten eben solche außerordentlich hohe Gewinne, wie sie 1912/13 erzielt wurden, als mäßige.

Die absolut notwendige Teuerungszulage (durchschnittlich 50 Pf. pro Schicht) für die Arbeiter würde angeblich 50 bis 75 Pf. pro Tonne Mehrausgabe bedeuten. Auch wenn das zuträfe, dann bliebe den Aktionären und Kuxenbesitzern, die sich doch für ihre hohen Einnahmen nicht im gefährlichen Bergbaubetrieb zu quälen brauchen, wie aus ihren Betriebsabrechnungen hervorgeht, immer noch ein reichlicher Gewinn übrig.

Sind die Löhne gestiegen?

Alles ist teurer geworden, darum müssen auch die Löhne entsprechend steigen. Dieser Einsicht kann sich nun selbst die „Bergwerks-Zeitung" nicht mehr verschließen, denn sie schreibt in Nr. 113 vom 16. Mai:

„Wenn das Pfund Speck anderthalb Mark kostet, so soll in einer Arbeiterfamilie der Ausgleich nicht ausschließlich dadurch herbeigeführt werden, daß die Frau die Stücke kleiner schneidet — obschon wir uns ja alle einschränken müssen —, denn das hat schließlich ein Ende, und wir müssen unsere Bevölkerung unter allen Umständen kräftig und gesund erhalten; es muß vielmehr ernstlich danach getrachtet werden, die Einnahmen zu erhöhen. Daß die Arbeit teurer wird, wenn der Preis aller übrigen Dinge in die Höhe geht, ist selbstverständlich. Die Privatindustrie im Kohlenbergbau hat sich dieser Notwendigkeit aber keineswegs verschlossen. Die Lohnstatistik zeigt, daß sie schon in den letzten Monaten des Vorjahres der allgemeinen Bewegung gefolgt ist und die bald zu erwartende Aufstellung für das 1. Vierteljahr 1915 wird zeigen, daß die Löhne noch anhaltend steigen. So stark können sie natürlich nicht steigen, daß sie die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ganz ausgleichen; denn unter diesen haben alle zu leiden und jeder muß sein Teil tragen. Aber eine angemessene Steigerung ist gerechtfertigt, und wenn die Statistik zeigen sollte, daß eine solche noch nicht eingetreten ist, dann muß nachgeholfen werden."

Leider mußte der Ausgleich in den Bergarbeiterfamilien bisher wohl ausschließlich dadurch herbeigeführt werden, „daß die Frau die Stücke kleiner schneidet". Die Arbeiterorganisationen erfüllen darum eine hohe sittliche und volkswirtschaftliche Pflicht, wenn sie ernstlich danach trachten, die Einnahmen zu erhöhen, um die Bevölkerung unter allen Umständen kräftig und gesund zu erhalten. Die Privatindustrie im Kohlenbergbau hat sich dieser Notwendigkeit aber viel zu viel verschlossen, denn die Lohnstatistik zeigt, daß eine Lohnerhöhung in den letzten Monaten des Vorjahres nicht eingetreten ist. Die „Bergwerks-Zeitung" ist da falsch unterrichtet. Nach der amtlichen Lohnstatistik betrugen die durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandenen Lohnverluste und die Vierteljahreslöhne (in Mark):

	in ganz Preußen		im Oberbergamtsbezirk Dortmund	
	Lohnverluste aller Arbeiter	Vierteljahres-lohn p. Arbeiter	Lohnverluste aller Arbeiter	Vierteljahres-lohn p. Arbeiter
3. Viertel 1913	—	398	—	463
4. Viertel 1913	21 125 735	370	15 253 621	425
1. Viertel 1914	31 670 294	357	24 710 915	402
2. Viertel 1914	35 510 084	352	24 687 119	402
3. Viertel 1914	23 080 552	359	17 369 896	410
4. Viertel 1914	24 775 793	353	16 972 810	405
Summa:	136 162 458		98 994 361	

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlohnverlust betrug danach im preußischen Bergbau in 15 Monaten 136 162 458 Mk.; davon entfielen allein auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund 98 994 361 Mk. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht (in Mark):

	Hauer und Lehrhauer	Sonstige Untertagsarbeiter	erwachsene Uebertagsarbeiter	jugendliche Arbeiter	Durchschnitt für alle Arbeiter
3. Viertel 1913	6,56	4,58	4,86	1,46	5,42
4. Viertel 1913	6,47	4,58	4,40	1,47	5,38
1. Viertel 1914	6,25	4,51	4,34	1,48	5,25
2. Viertel 1914	6,10	4,52	4,37	1,44	5,22
3. Viertel 1914	6,08	4,50	4,34	1,46	5,07
4. Viertel 1914	6,18	4,42	4,37	1,51	5,03

Es ist also keine Lohnerhöhung in den letzten Monaten des Vorjahres, sondern im Durchschnitt ein weiterer Lohnrückgang eingetreten. Und wenn die bald zu erwartende Aufstellung für das 1. Vierteljahr 1915 zeigt, „daß die Löhne noch anhaltend steigen" wie bisher, dann werden die Bergarbeiter wenig erbaut sein. Dann muß noch mehr wie bisher ein Ausgleich dadurch herbeigeführt werden, „daß die Frau die Stücke kleiner schneidet". Wenn die „Bergwerks-Ztg." übrigens so fest überzeugt ist, daß die Löhne „schon in den letzten Monaten des Vorjahres der allgemeinen Bewegung gefolgt" sind und „noch anhaltend steigen", warum schreibt sie dann, wenn die Statistik zeigen sollte, daß eine angemessene Lohnsteigerung „noch nicht eingetreten ist, dann muß nachgeholfen werden"? Das klingt doch widerspruchsvoll und wenig zuversichtlich!

Wenn die Löhne überall „der allgemeinen Bewegung gefolgt" sind und „noch anhaltend steigen", wie z. B. auf Zeche Trappe bei Silschede, „dann muß allerdings nachgeholfen werden" und zwar sehr erheblich. Wir haben Schichtenzahl und Gesamtlohn von 47 Arbeitern dieser Zeche für die letzten acht Monate vor Kriegsbeginn (Dezember 1913 bis einschließlich Juli 1914) und die ersten acht Monate nach Kriegsbeginn (August 1914 bis einschließlich März 1915) zusammengestellt und danach den Durchschnittslohn pro Schicht berechnet. Danach betrug:

in den letzten acht Monaten vor Kriegsbeginn			in den ersten acht Monaten nach Kriegsbeginn		
Schichtenzahl	Gesamtlohn Mk.	Lohn pro Schicht Mk.	Schichtenzahl	Gesamtlohn Mk.	Lohn pro Schicht Mk.
138½	820,—	5,93	194½	1150,47	5,92
128	730,43	5,71	208	1205,54	5,79
200½	1227,47	6,12	196½	1152,74	5,86
196½	1197,04	6,09	201½	1184,98	5,88
201½	1186,76	5,89	205½	1243,16	6,04
201	1233,73	6,14	213½	1296,45	6,07
103½	612,85	5,94	186½	1089,26	5,84
220	1321,55	6,01	199 7/8	1208,59	6,05
200½	1243,04	6,20	214¾	1265,82	5,89
171¾	965,04	5,62	216	1263,43	5,85
190¾	1219,24	6,39	206½	1261,31	6,11
195¾	1277,40	6,53	190	1149,18	6,05
193½	1170,63	6,05	210	1253,29	5,97
197¾	1266,33	6,40	198½	1216,10	6,13
200¼	1201,65	6,—	192	1123,03	5,85
197½	1233,52	6,25	162	970,49	5,99
182½	1110,68	6,09	213½	1268,58	5,93
201	1221,01	6,07	213	1287,86	6,05
200¼	1233,50	6,16	177	1071,37	6,05
201	1255,02	6,24	207½	1260,63	6,08
198¾	1210,98	6,09	208½	1269,32	6,09
194	1220,21	6,29	205	1270,80	6,20
198¼	1181,29	5,96	210 3/4	1290,98	6,14
188½	1142,56	6,06	185	1071,15	5,79
177½	1081,69	6,09	199	1133,99	5,70
201½	1204,74	5,98	152	894,90	5,89
198½	1140,56	5,74	189½	1124,31	5,93
199¾	1007,08	5,04	205½	974,68	4,74
201	1193,35	5,94	203½	1202,53	5,91
178½	1020,58	5,72	184	1075,73	5,85
176¾	1091,58	6,18	211½	1247,84	5,90
175¼	1111,94	6,34	213¾	1272,70	5,95
198½	1184,68	5,97	187½	1123,55	5,99
200½	1231,27	6,14	205¾	1325,38	6,44
181½	1119,52	6,17	195¼	1122,81	5,75
203 7/8	1223,28	6,—	213	1249,37	5,87
206	1225,01	5,95	216	1271,60	5,89
161½	986,26	6,07	213½	1252,63	5,87
177¼	1095,51	6,18	204	1217,67	5,97
177½	1033,03	5,82	214	1243,—	5,81
177¼	1179,06	6,65	182¾	1076,73	5,89
177¾	1059,65	5,96	213	1270,61	5,97
173	1022,61	5,91	204½	1186,38	5,76
200½	1252,89	6,25	210¾	1296,19	6,15
200½	1227,78	6,12	181½	1068,70	5,90
191¾	1194,06	6,23	203	1182,49	5,83
195¼	1141,53	5,85	190½	1134,44	5,96
8833½	53 510,62	6,06	9408 7/8	55 767,76	5,93

Nur 12 von diesen 47 Arbeitern haben danach in der Kriegszeit den gleichen oder etwas höheren Lohn verdient, wie in der gleichen Zeit vor Kriegsbeginn, die Löhne der übrigen 35 sind zum Teil sogar sehr erheblich gesunken. Obwohl diese 47 Arbeiter in der Kriegszeit 575 7/8 Schichten mehr verfuhren wie in der gleichen Zeit vor Kriegsbeginn, haben sie nur 2257,14 Mk. mehr verdient. Der durchschnittlich pro Schicht verdiente Lohn sank von 6,06 Mk. auf 5,93 Mk. „Jeder muß sein Teil tragen", schreibt die „Bergwerks-Zeitung". Diese Arbeiter mußten aber etwas mehr wie ihr Teil tragen, es genügte nicht einmal, „daß die Frau die Stücke kleiner schneidet".

Obwohl die Löhne im letzten Vierteljahr 1914 durchschnittlich noch weiter zurückgegangen sind und es nach alledem sehr fraglich erscheint, ob im 1. Vierteljahr 1915 eine nennenswerte Lohnsteigerung eingetreten ist, macht nach der „Bergwerks-Ztg." „die erhebliche Steigerung der Selbstkosten" eine weitere Kohlenpreissteigerung notwendig. Das Blatt schreibt:

„Durch die Einschränkung der Förderung und die erhebliche Steigerung der Selbstkosten hat sich indessen die wirtschaftliche Lage der gesamten Kohlenindustrie und noch mehr der wirtschaftlich schwächeren Unternehmungen so stark verschlechtert, daß sie aus Eigenem diese neue Last (angemessene Lohnsteigerung, die nach unseren Informationen noch nicht eingetreten ist. Die Red.) kaum zu tragen imstande sind. Man wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise zur Erörterung gestellt werden würde. Wenn alles teurer wird, kann die Kohle allein nicht billig bleiben, besonders angesichts der Gewinne, die aus Kriegslieferungen erzielt werden."

Die Kohlenpreissteigerung begann schon gleich nach Kriegsbeginn. Das Kohlensyndikat forderte zunächst einen Preisaufschlag von **3 Mark pro Tonne** für das Quantum Kohlen, welches mehr gefordert wurde, als in den laufenden Lieferungsverträgen vorgesehen war. Nach einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" vom 1. September 1914 aus Süddeutschland forderte das Kohlenkontor (Verkaufsstelle des Kohlensyndikats) „für seine Abschlüsse nun einen Aufschlag von **10 Mk.** pro 200 Zentner, für neue Käufe aber gar 20 Mk. mehr. Die außerhalb des Syndikats stehenden Großhändler fordern mindestens um 20 Mk. mehr." Ab 1. April 1915 sind die Syndikatsrichtpreise um **1,25 Mk. bis 2,25 Mk. pro Tonne**, die Verkaufspreise des Kohlenkontors sogar bis zu **4 Mk.** erhöht worden. Die Zechen verdienten bisher schon meist 1, 2, 3, 3,50 Mk. und darüber an jeder Tonne. Trotzdem: „die erhebliche Steigerung der Selbstkosten ist kaum zu tragen" und: „man wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise zur Erörterung gestellt werden würde", weil „die Kohle allein nicht billig bleiben kann, wenn alles teurer wird", „besonders angesichts der Gewinne, die aus Kriegslieferungen erzielt werden". So lassen sich die Werksbesitzer ihr Teil von anderen tragen, in der Arbeiterfamilie aber muß der Ausgleich dadurch herbeigeführt werden, „daß die Frau die Stücke kleiner schneidet".

Was tat unser Verband während des Krieges?

In Bergarbeiterkreisen und sogar von Verbandsmitgliedern wird oft gesagt: „Der Verband nützt nichts, er hat auch in der Kriegszeit nichts getan, da sind die Engländer doch andere Kerle" usw. Das ist falsch. Unser Verband hat immer und auch in der Kriegszeit getan, was möglich war und in seinen Kräften stand, um die Lage der Bergarbeiter und ihrer Familien zu erleichtern.

Schon gleich nach Kriegsbeginn, am 9. August 1914, beschloß der Verbandsvorstand, eine Million Mark bereit zu stellen zur Unterstützung der Familien der Verbandsmitglieder, welche zum Kriegsdienst einberufen wurden. Auch verzichteten die Verbandsangestellten für diesen Unterstützungszweck freiwillig auf 2 Prozent ihres Gehalts und die Verbandsältesten auf den gleichen Betrag ihrer Entschädigung vom Knappschaftsverein.

In Werksbesitzerkreisen hat dieses Beispiel allerdings keine Nachahmung gefunden. Es stellte sich vielmehr bald heraus, daß dort der alte Geist nach wie vor weiter herrschte. Obwohl die freiorganisierte Arbeiterschaft von Kriegsbeginn an ein Beispiel von Selbstlosigkeit und Opfermütigkeit gab, wie es in diesem Maße in der Weltgeschichte ohnegleichen dasteht, hat sich in den Verhältnissen auf den Gruben und dem Verhalten der Werksbesitzer nichts gebessert. Unser Verband war darum gezwungen, sich immer wieder mit Beschwerden an die Regierungen, Militär- und andere Behörden zu wenden und hat dabei auch oft Entgegenkommen gefunden.

Am 31. August 1914 wandte sich unser Verband in einer Eingabe an das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps gegen eine Verfügung der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Bergverwaltung vom 18. August 1914, wonach alle die Arbeiter auch weiter ausgesperrt bleiben sollten, „welche sich früher durch eine besondere Agitation gegen das Werk hervorgetan haben und von denen anzunehmen ist, daß sie nach ihrer Einstellung von neuem den Frieden zwischen dem Werk und seiner Belegschaft stören würden." Vom kommandierenden General des 7. Armeekorps, Freiherrn von Bissing, erhielten wir daraufhin am 16. September 1914 folgende Antwort:

„Unter Bezugnahme auf Ihre Eingabe vom 31. August 1914 teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die Fürstlich Schaumburg-Lippische Hofkammer auf meine Veranlassung hin verfügt hat, daß sämtliche seinerzeit aus Anlaß des Streiks ausgesperrten Bergarbeiter, soweit sie sich zur Arbeit melden und Platz für sie vorhanden ist, wieder eingestellt werden."

Gegen die von der „Industrie" geforderte zeitweilige Aufhebung des § 13 des Kaligesetzes von 1910 und die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Kalibergbau wandte sich unser Verband am 18. September 1914 in einer Eingabe an den Bundesrat. Nach § 13 tritt eine Kürzung der Beteiligungsziffer im gleichen Maße ein, wie der Lohn unter den Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 heruntergeht. Die „Industrie" und die hinter ihr stehenden Interessenten kamen denn auch nicht auf ihre Rechnung. Der zum Schutz der Arbeiter getroffene § 13 blieb bestehen.

Am 25. September 1914 hatte unser Verbandsvorsitzender, Hermann Sachse, eine Audienz beim Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Sydow, um die Beschwerden der Bergarbeiter aus den verschiedenen Bergrevieren über Lohnkürzungen, Schichtverlängerungen usw. vorzubringen. Der Minister bat, ihm diese Beschwerden schriftlich einzureichen, was in einer umfangreichen Eingabe am 3. Oktober geschah. Daraufhin wurden die in Frage kommenden Bergrevierbeamten zur Untersuchung und Berichterstattung aufgefordert. Das Resultat wurde unserem Kameraden Sachse am 20. November 1914 vom Geheimen Oberbergrat Reuß in einer dreistündigen Aussprache im Handelsministerium mitgeteilt. Es ergab sich, daß unsere Eingabe wenigstens teilweise Erfolg hatte.

Es gingen uns weiter zahlreiche Beschwerden aus fast allen Bergrevieren zu, die zeigten, daß die Sperre auch in der Kriegszeit weiter bestand. Hiergegen wandte sich unser Verband am 22. Dezember 1914 in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern, worin das Weiterbestehen und die Verwerflichkeit der Sperre nachgewiesen und ein paritätischer Arbeitsnachweis gefordert wurde.

Am 20. Januar 1915 fand dann eine Besprechung von Vertretern unseres Verbandes, des christlichen Gewerkvereins, der Polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins statt, wo die verschiedenen Arbeiterbeschwerden eingehend erörtert wurden. Es stellte sich heraus, daß die bereits in unseren Eingaben an die Regierungs-, Militär- und sonstigen Behörden und in der „Bergarbeiter-Zeitung" mit der gebotenen Reserve behandelten Beschwerden der Bergarbeiter unterschiedslos bei allen vier Organisationsvorständen und aus fast allen Bergrevieren eingelaufen waren. In einer Anzahl von Fällen war es den Bemühungen der Organisationsvertreter gelungen, die betreffenden Werksverwaltungen zur Zurücknahme ärgernis-erregender Anordnungen zu veranlassen, wobei die zuständigen Behörden anerkennenswerte Vermittlerdienste leisteten. Im großen und ganzen aber waren die Arbeiterbeschwerden häufiger geworden und darum wurde einstimmig beschlossen, alles zu versuchen, was unter Berücksichtigung der bestehenden Zeitverhältnisse geeignet erscheinen konnte, die Arbeiterverhältnisse dem schweren Bergarbeiterberuf angemessen zu regeln.

Zu diesem Zweck richteten die Vorstände der vier Verbände am 6. Februar 1915 eine Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Sydow, worin zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis die Errichtung eines Einigungsamtes gefordert wurde. Zu dieser Eingabe reichten die Verbände am 22. Februar 1915 ein 20 Druckseiten umfassendes schriftliches Tatsachenmaterial ein. Außerdem wurde eine Besprechung im Handelsministerium nachgesucht, um die Eingabe noch persönlich näher zu begründen und die vorliegenden Wünsche und Beschwerden der Arbeiter vorzutragen. Diese Besprechung fand am 26. Februar 1915 im Handelsministerium statt und dauerte über drei Stunden. Anwesend waren als Vertreter der

Regierung der Minister Dr. Sydow, Oberberghauptmann von Velsen sowie zwei Regierungskommissare. Insbesondere wurde die Frage der ausreichenden Kohlenförderung, die Lohnfrage, das Ueberschichtenwesen und die Frage der Beschäftigung von Kriegsgefangenen eingehend erörtert. Der Minister Dr. Sydow bezog sich in seinen Darlegungen u. a. auf die bereits im Landtage gemachten Ausführungen und sagte eine eingehende Prüfung der Beschwerden und tunlichste Berücksichtigung der Bergarbeiterwünsche zu. In den Kommissions- und öffentlichen Verhandlungen des Landtages war seitens der obersten Vertreter der Bergbehörde bestimmt erklärt worden:

1. Es dürfe kein Zwang zu Ueberschichten ausgeübt werden. Nach dem Verhalten der Bergarbeiter sei mit Recht zu erwarten, daß sie alle die Notwendigkeit einsehen, während der Kriegszeit den unbedingt nötigen Bedarf an Kohlen, Erzen usw. nach besten Kräften zu decken. Namentlich seien alle Aeußerungen und Handlungen, die das Ehrgefühl der Arbeiter verletzen, auch jede Behinderung (Sperre) ihrer Freizügigkeit zu unterlassen. Ein gutes Wort zeitige bessere Resultate als Zwangsmittel.
2. Die Löhne seien nach Kriegsbeginn gesunken, in letzter Zeit durchschnittlich im Steigen begriffen. Die Lebensmittelpreise seien allerdings stärker gestiegen. Es dürfe aber nach den bisherigen Erfahrungen mit einer Zunahme der Löhne gerechnet werden; indessen fände sie ihre Grenze in der zurzeit sehr verminderten finanziellen Leistungsfähigkeit der Werksverwaltungen.
3. Soweit Kriegsgefangene beschäftigt würden, solle das nur auf ihren Wunsch geschehen. Unter Tage sollen nur solche Kriegsgefangene anfahren dürfen, die von Beruf Bergleute sind; alle Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz von Gesundheit und Leben sollten getroffen werden. Die Kriegsgefangenen sollten nicht als Lohndrücker dienen, sondern erhalten denselben Lohn für die gleiche Arbeit wie die übrigen Bergleute.

Am 31. März 1915 hatten dann die Vertreter der Verbände eine weitere Besprechung beim Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Sydow, wo dieser mitteilte, daß die Werksbesitzer nicht für die Einigungsämter zu bewegen seien. Um wenigstens einige Schritte vorwärts zu kommen, hat Herr Dr. Sydow an die Oberbergämter eine Verordnung herausgegeben, welche er den Vertretern der Bergarbeiter zur Kenntnis brachte, deren hauptsächlichster Inhalt besagt:

1. Die Oberbergämter sollen dahin wirken, daß bei Verlegung der Schichtzeit, Einlegung von Feierschichten oder Beschäftigung von Gefangenen, namentlich auch bei Streitigkeiten in der Lohnfrage die Arbeiterausschüsse vorher ausreichend gehört werden.
2. Bei den Bestrebungen der Werke zur Vermehrung der Produktion während der Kriegszeit sollen die geplanten Maßnahmen vorher mit den Arbeiterausschüssen gründlich besprochen und ihre Einwendungen und Anregungen nach Möglichkeit beachtet und berücksichtigt werden.
3. Die Oberbergämter und Bergrevierbeamten sollen bei Differenzen schon dann vermittelnd eingreifen, wenn sie nur von einer Seite der Beteiligten angerufen werden. Sind die Differenzen zwischen den streitenden Parteien so ernster Natur, daß eventuell Streiks und Aussperrungen entstehen können, so sollen die Oberbergämter und Bergrevierbeamten auch unaufgefordert vermittelnd eingreifen.

Da trotz allen Drängens und aller Mahnungen die Löhne nicht entsprechend stiegen, richteten die vier Verbände am 26. März 1915 Eingaben an den Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Sydow, an den Vorstand des Zechenverbandes in Essen, an den Vorstand des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Kattowitz, worin eine Teuerungszulage von 60 Pf. pro Schicht für verheiratete und 40 Pf. für unverheiratete Arbeiter gefordert wurden. Der Vorstand des Zechenverbandes und der Vorstand des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins haben ablehnend geantwortet, mit dem Hinweis, daß die Löhne schon gestiegen oder noch im Steigen begriffen seien. Das veranlaßte die vier Verbandsvorstände, den Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Sydow, um eine weitere Besprechung über die Lohnfrage zu ersuchen. Diese fand am 7. Mai im Handelsministerium statt. Der Minister erklärte zusammenfassend: Er erkenne mit Rücksicht auf die stark verteuerte Lebenshaltung rückhaltlos die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung an. Auf den fiskalischen Werken, das wisse er bestimmt, seien die Löhne seit Jahresbeginn im Steigen begriffen und diese Tendenz werde von der Verwaltung weiter gefördert. Soweit er Kenntnis von den Privatzechen habe, seien auch dort die Löhne seit Jahresbeginn gestiegen. Von März 1915 liege das Ergebnis der Lohnstatistik zwar noch nicht vor, aber nach seiner Ueberzeugung dürfte die Lohnsteigerung angehalten haben. Das Ergebnis der Lohnstatistik für das erste Vierteljahr 1915 bleibe daher abzuwarten.

Auch an das bayerische Staatsministerium, an die verschiedenen Werksverwaltungen in Bayern, der Pfalz, Lothringen, im Aachener Revier, im Bezirk Halle, Zeitz-Weißenfels, Niederschlesien, Hannover, Königreich Sachsen usw. wurden Eingaben um Lohn- oder Teuerungszulagen gerichtet, die teilweisen Erfolg hatten. Infolge unserer Eingabe hatten Vertreter unseres Verbandes und des christlichen Gewerkvereins am 20. April 1915 auch eine Besprechung im sächsischen Ministerium des Innern, fanden aber leider nicht das notwendige Entgegenkommen.

In einer Eingabe vom 10. Februar 1915 an den Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Delbrück, forderten die Vorstände der vier Verbände ferner mehr Brot für die Bergarbeiter. Die Brotration ist dann auch für die Bergarbeiter erhöht worden. Weiter forderten die vier Verbandsvorstände in einer Eingabe an den Bundesrat vom 14. April 1915, daß die Wochenbeihilfe auch den Frauen derjenigen Bergarbeiter gewährt werden soll, die vor ihrer Einziehung zum Kriegsdienst nicht gegen Krankheit versichert, d. h. von der Krankenversicherungspflicht befreit waren. Laut Verordnung des Bundesrats vom 23. April 1915 wird die Wochenbeihilfe nun allen Wöchnerinnen gewährt, deren Ehemänner Kriegsdienste leisten und minderbemittelt sind oder deren Jahreseinkommen 2500 Mk. nicht überstiegen hat.

In besonderen Eingaben an die in Frage kommenden Instanzen haben sich unser Verband oder seine Bezirksleitungen gewandt gegen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen die Beschränkung der Versammlungsfreiheit, gegen die Sperre auf den verschiedenen Werken, gegen die Beschäftigung von Kriegsgefangenen im Bergbau usw. Es würde zu weit führen, alles, was geschehen ist, im einzelnen anzuführen. Erwähnt sei nur noch der Erfolg, der bei der Beratung des Knappschaftskriegsgesetzes erzielt wurde. Unsere Vorstandsältesten im Bochumer Knappschaftsverein hatten am 12. Februar 1915 hierzu eine Petition eingereicht und wichtige Verbesserungsanträge derselben wurden berücksichtigt. Besonders wichtig ist die Verbesserung in § 5, wonach die zu Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verbrachte Zeit, sowie die auf die Entlassung aus diesen Diensten folgenden zwei Monate auf die Wartezeit (§ 30 Abs. 3 des Knappschaftsgesetzes) und auf das Dienstalter (§ 31 des Gesetzes) angerechnet werden. Nach § 8 dürfen Militärpensionen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges gezahlt werden, auf Invalidenpensionen nicht angerechnet werden. Nach § 11 gilt dies Gesetz auch für die Zeit, in der Knappschaftsmitglieder zu einer Uebung vor der Mobilmachung einberufen waren, aber nicht mehr zur Arbeit zurückkehren konnten, sondern anschließend Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste verrichtet haben.

So war unser Verband auch in der Kriegszeit unermüdlich auf allen Gebieten mit teilweise gutem Erfolg tätig, um das Los der Bergarbeiter und ihrer Familien zu erleichtern. Wer wagt da noch zu behaupten, der Verband nütze nichts oder er habe in der Kriegszeit nichts getan?

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Preissteigerungen seit Kriegsbeginn.

Die starken Preissteigerungen seit Kriegsbeginn machen eine entsprechende Steigerung des Lohneinkommens absolut notwendig. Die „Bergwerks-Zeitung" schreibt, „wenn alles teurer wird, kann die Kohle allein nicht billig bleiben". Auf die Arbeiter angewandt heißt das: Wenn alles teurer wird, müssen auch die Löhne entsprechend steigen! Wie seit Kriegsbeginn alles teurer geworden ist, zeigt eine mit Ende April abschließende Uebersicht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, wonach die Preise im Großhandel pro 100 Kilogramm gestiegen sind:

Brennmaterialien um	25	%
Eier (inländische) um 4¾ Pf. pro Stück	70,3	„
Erbswürste um	97	„
Margarine um 36—40 Mk. pro 100 Kilo	25—30	„
Pflanzenbutter um 112 Mk. pro 100 Kilo	125	„
Speisetalg um 111—134 Mk. pro 100 Kilo	118—126	„
Gesalzene Heringe um 28 Mk. pro Tonne	70	„
Marinaden um 1,20 Mk. pro 8-Liter-Dose	39	„
Marinaden um 0,80 Mk. pro 4-Liter-Dose	50	„
Dauerwurst um 102,75 Mk. pro 100 Kilo	33	„
Speck um 129 Mk. pro 100 Kilo	96	„
Getrocknete Früchte um 18—56 Mk.	30—50	„
Futtermittel um 21—40 Mk. pro 100 Kilo	180—250	„
Hülsenfrüchte um 35—100 Mk. pro 100 Kilo	260—366	„
Kakao um	200	„
Kartoffelwalzmehl um 22,30 Mk. pro 100 Kilo	120½	„
Käse um 50—100 Mk. pro 100 Kilo	28—118	„
Manufaktur-, Kurz und Wollwaren sowie Rohstoffe um	15—100	„
Kondensierte Milch um	10	„
Weizenmehl um 13,50 Mk. pro 100 Kilo	50	„
Graupen um 75—107 Mk. pro 100 Kilo	300—382	„
Buchweizenfabrikate um 82 Mk. pro 100 Kilo	216	„
Eier (ausländische) um 6 Pf. pro Stück	141	„
Backbutter um 84 Mk. pro 100 Kilo	27¼	„
Molkereibutter um 60 Mk. pro 100 Kilo	23½	„
Rinderfett um 110 Mk. pro 100 Kilo	121	„
Frische Seefische (Hauptsorten) 21—30 Mk. pro 100 Kilo	233	„
Büchsenfleisch um 9—13 Mk. pro 30-Kilo-Kiste	22—24	„
Frische Wurst um 72,50 Mk. pro 100 Kilo	50	„
Gerstenflocken um 90,50 Mk. pro 100 Kilo	370	„
Fruchtsäfte und Sirupe um 18 Mk. pro 100 Kilo	33	„
Weißkohl um 22,70 Mk. pro 100 Kilo	17—46	„
Kaffee um 24—28 Mk. pro 100 Kilo	36—46	„
Gerstenmalzkaffee um 61 Mk. pro 100 Kilo	210	„
Haferkakao um 150 Mk. pro 100 Kilo	100	„
Kartoffelflocken um 21,80 Mk. pro 100 Kilo	145	„
Speisekartoffeln um 7,60 Mk. pro 100 Kilo	172¾	„
Konserven um	58—81	„
Marmeladen und Gelees um 19—21 Mk. pro 100 Kilo	54	„
Roggenmehl um 14 Mk. pro 100 Kilo	65	„
Weizenmehl (amerikanisches) um 30 Mk. pro 100 Kilo	100	„
Hirse um 77,75 Mk. pro 100 Kilo	257	„
Schälerbsen (halbe) um 84 Mk. pro 100 Kilo	251	„
Schälerbsen (ganze) um 74,85 Mk. pro 100 Kilo	184	„
Schälerbsen (grüne) um 88,50 Mk. pro 100 Kilo	281	„
Mus um 40—44 Mk. pro 100 Kilo	133—138	„
Verschiedene Speiseöle um 33—105 Mk.	25—146½	„
Petroleum um ca. 40 Mk.	200	„
Maisgrieß um 68 Mk. pro 100 Kilo	240	„
Reis um 83—96 Mk. pro 100 Kilo	307—475	„
Sauerkraut um 50 Mk. pro 100 Kilo	335	„
Schuhwaren um	50	„
Teigwaren um 30 Mk. pro 100 Kilo	57	„
Maktaroni um 21—23 Mk.	30—35	„
Zucker um	10	„
Zwiebeln um 32,30 Mk. pro 100 Kilo	870	„

Wohlgemerkt, es handelt sich hier um die Preise des Großhandels. Der kleine Kaufmann muß, wenn er kaufmännisch rechnet, die Waren nicht nur um den Mehrpreis, den er zahlt, verteuern, sondern auch seinen Profit erhöhen, denn er muß ein wesentlich höheres Kapital in sein Geschäft stecken, das verzinst werden soll. Eine große Anzahl sonst als notwendig erachteter Lebensmittel ist nicht aufgeführt, weil sie nicht mehr erhältlich sind. Angesichts der Tatsache, daß eine wesentliche Erhöhung der Herstellungskosten bei den meisten Waren nicht erfolgt ist, ergibt sich aus den angeführten Preisen eine Kriegspreistreiberei, die alle Erfahrungen früherer Kriege weit hinter sich läßt.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Tätigkeit des Bergarbeiters

ist so wichtig für die Landesverteidigung, wie die des Soldaten im Kriegsfelde. Ohne Kohlen, Erze und Salze würde der gewaltige militärische Apparat so gut versagen, als wenn das Heer kein Brot bekäme. Deutschland ist von keiner Kohlennot bedroht und kann sich auch mit Erzen, mit Salzen sogar überreichlich, versorgen. Es betrug in Deutschland die Förderung an

	1911	1913	1914
Steinkohlen	160 747 000 To.	191 511 000 To.	161 535 000 To.
Braunkohlen	73 774 000 „	87 475 000 „	83 946 000 „

Stein- und Braunkohlen zusammengerechnet, betrug die Förderung im ersten Kriegsjahr 1914 immer noch über 11 Millionen Tonnen (die Tonne zu 20 Zentner) mehr als 1911. Allerdings war die Förderung 1913 um fast 35 Millionen Tonnen höher, aber damals wurden auch rund 24 Millionen Tonnen (ohne Koks und Briketts) mehr in das Ausland geschafft, als wir von dort erhielten. Vor dem Kriege herrschte eine erhebliche Ueberförderung. Die Kohlen- und Kokslager waren gestopft voll.

Auch die deutsche Erzförderung, über die noch keine abschließenden Angaben vorliegen, war 1914 geringer als 1913. Die hierauf beruhende Hüttenindustrie produzierte

	an Roheisen	an Flußstahl
1912	17 868 909 To.	17 301 998 To.
1913	19 309 172 „	18 958 819 „
1914	14 389 547 „	14 973 106 „

Gegenüber den vorhergehenden Jahren ist die Roheisen- und Flußstahlerzeugung allerdings stark zurückgegangen. Die Produktion des Jahres 1914 entspricht ungefähr der des Jahres 1910. Aber wir hatten auch einen starken Ueberschuß an Eisen- und Stahlfabrikaten, der in das Ausland geschafft wurde. Diese Ausfuhr ist während des Krieges natürlich auch größtenteils unterbunden. Die Förderung bezw. die Produktion der Montanindustrie spielt also jetzt eine besonders wichtige Rolle als Mittel zur Landesverteidigung. Schon darum ist es nicht mehr wie recht und billig, zu verlangen, daß der Bergarbeiter für seine Arbeit auskömmlich entlohnt wird und seinen gewerkschaftlichen Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Will der Bergarbeiter diese Achtung genießen, dann muß er sich dem Bergarbeiterverband anschließen!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Unterstützungstätigkeit der Gewerkschaften

während des Krieges darf als eine außerordentlich große gerühmt werden. Allein von den 2½ Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften waren

	ganz arbeitslos	zum Kriegsdienst einberufen
Anfang September 1914	870 128	580 755
31. Oktober 1914	175 500	661 005
30. Januar 1915	90 896	780 594

In den ersten Kriegswochen müssen insgesamt über eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland arbeitslos gewesen sein, da noch Anfang September allein die freien Gewerkschaften über 870 120 arbeitslose Mitglieder hatten. Die Unorganisierten standen nun ganz mittellos da, während die organisierten Arbeitslosen von ihren Verbänden unterstützt wurden. Die freien Gewerkschaften unterstützten aber auch die Familien ihrer kriegsdienstleistenden Mitglieder. Vom 3. August 1914 bis zum 30. Januar 1915 gaben unsere freien Gewerkschaften aus:

für Arbeitslose	17 783 129	Mk.
für Kriegerfamilien	6 180 208	„
zusammen	23 963 337	Mk.

Inzwischen ist weiter unterstützt worden, so daß die freien Gewerkschaften wohl bald 30 Millionen Mark an Arbeitslose und Kriegerfamilien ausgezahlt haben! Das sind beispiellose Leistungen, und sie waren nur möglich durch das opferwillige Zusammenarbeiten der Gewerkschaftsgenossen. Noch sehr viel mehr könnte geleistet werden, wenn noch viel mehr Arbeiter und Arbeiterinnen der freien Gewerkschaften (zu denen auch unser Bergarbeiterverband gehört) angeschlossen wären. Wer organisiert ist, der hat in Notzeiten eine Stütze an seinem Verband. — Auch die Tätigkeit der freien Gewerkschaftler als Landesverteidiger ist imponierend. Im Januar waren über 780 000 Gewerkschaftsmitglieder zum Kriegsdienst einberufen. Augenblicklich sind wohl an 900 000 unserer Kameraden und Kollegen als Landesverteidiger einberufen! Eine gewaltige Armee für sich. — Angesichts dieser Tatsachen kann die wahrhaft patriotische Gesinnung auch der freien Gewerkschaftsgenossen nicht bezweifelt werden. Das erkennen auch frühere Gegner an. So schreibt der Geheime Admiralitätsrat Koch in der konservativen Monatsschrift „Das neue Deutschland":

„Eine heilige Pflicht aber wird es sein, wenn unsere Reserven und Landwehrleute das feldgraue Ehrenkleid wieder ablegen, dafür zu sorgen und allen Fleiß daran zu setzen, die Hemmnisse ihres wirtschaftlichen Gedeihens zu beseitigen. Wohl schreiten wir voran auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, das ist der Hauptgrund des grimmigen Hasses der Briten, aber auch bei uns ist es noch möglich und nötig, noch Mannigfaches zu leisten, damit der wirtschaftliche Erfolg mit möglichst geringen Unkosten belastet wird, und damit dem Arbeiter ein möglichst großer Anteil vom Werte seines Arbeitsergebnisses zugewendet werden kann."

Damit dies geschehe, müssen sich die Arbeiter so einig sein wie die Werksbesitzer. Denn es gibt noch genug Werksvertreter, das hat die Rede Kirdorfs bewiesen, die an ihrer alten Feindschaft gegen die Arbeiterorganisationen festgehalten haben. Seid also einig, Arbeiter, vereinigt euch gewerkschaftlich, dann werden die Hemmnisse eures wirtschaftlichen Gedeihens am sichersten beseitigt.

Der Krieg als Lehrmeister.

Den Regierungsvertretern wird bekanntlich von Herrn Kirdorf und seinem Anhang die Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen schwer verübelt. Und doch haben wir nicht nur aus dem Munde von Ministern, sondern seit Beginn des Krieges auch von Organen der Werksbesitzer, unter anderen auch von der „Arbeitgeber-Zeitung", bestätigt erhalten, daß die Gewerkschaften wichtige volkswirtschaftliche, geradezu unentbehrliche Vereinigungen sind. Selbst der Generalsekretär mehrerer Werksbesitzerverbände, Herr v. Reiswitz, schrieb am 30. August in der „Arbeitgeber-Zeitung" rühmend von der vaterländischen Haltung der großen Arbeitermassen, auf die die „englische Kriegspartei" gehofft habe. Diese Hoffnung konnte nur entstehen durch das eifrigst bei uns zu Lande verbreitete Märchen von unserer „Vaterlandslosigkeit". Darüber sprach in Münster der Universitätsprofessor Dr. Plenge zu den Mitgliedern seines volkswirtschaftlichen Seminars, nachdem er die innere Verfassung der Gewerkschaften beleuchtet hatte:

„Gewiß, wo ein Interessengegensatz der Natur der Sache nach herrschen muß, wird man sich über das Ausmaß der einzelnen Ziele und Bestrebungen von verschiedenen Standpunkten aus niemals vollkommen einigen können. Aber Sie werden das Vertrauen gewonnen haben, wer so viel aus eigener Kraft geschaffen hat, wer sich so selbst diszipliniert wie unsere deutschen Arbeiter in den Gewerkschaften, das sind Volksgenossen, mit denen wir uns alle auf die Dauer in nationaler Zusammenarbeit zusammenfinden können und müssen. Das gilt vom Krieg. Das gilt vor allem vom Wiederaufbau der Nation nach dem Kriege."

Wenn die einflußreichsten Werksbesitzer diese Worte beherzigen, dann können die naturnotwendigen Interessenkämpfe keine die Volksgemeinschaft zersetzende Schärfe annehmen. Der Krieg hat manche Vorurteile als solche erkennen lassen. Außerdem hat sich herausgestellt, daß nicht selten gerade solche Kreise, die sich stets laut ihres Patriotismus rühmten, sich während des Krieges keineswegs vorbildlich benehmen. Dieser Gedanke schwebte auch wohl der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" vor, als sie über die Maulpatrioten und Drückeberger schrieb:

„Glücklicherweise ist eine solche (opferunlustige) Auffassung der Dinge selten; daß sie aber nicht ganz fehlt, beweisen die Fälle, in denen Leute, die bei einem Funken wirklicher Vaterlandsliebe die Mittel leicht aufbringen können, allen Opfern und Lasten nach Möglichkeit zu entschlüpfen suchen und ihre Beisteuer auf Redensarten oder höchstens auf eine nichts kostende, aber sich nach außen patriotisch ausnehmende Geschäftigkeit beschränken. Franzosen, Russen und Engländer verdienen nicht so sehr unseren Grimm als Deutsche, die in dieser großen Zeit gleichgültig und nur um ihre Privatinteressen besorgt beiseite stehen; sie verdienen das Schmähwort „vaterlandslose Gesellen", das die Sozialdemokraten jetzt nicht mehr verdienen. Der rote Sozialdemokrat, der mit entschlossenem Mut ins Feld zieht oder ein Scherflein in die Sammelbüchse legt, ist viel achtenswerter als der „staatserhaltende" Bourgeois, der jetzt für seinen Geldschrank, seine Bequemlichkeit bangt, um vielleicht nach dem Friedensschluß über Vaterland, Sieg und Opfermut zu salbadern."

So schrieb das Blatt im September v. J. Inzwischen ist erwiesen, daß es sehr viele Leute gibt, die den Krieg als eine „glänzende Geschäftskonjunktur" ausnutzen. Die Kritik gegen die Opferunlustigen richtet sich natürlich auch gegen solche Arbeiter, die immer noch nicht in den Gewerkschaften mitopfern, sondern sich auf leere Redensarten beschränken.

Eingabe um Teuerungszulagen in der Textilindustrie.

Die Geschäftsstellen des Textilarbeiterverbandes in Barmen, Elberfeld und Ronsdorf und der bergische Bezirksverband des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter haben an den Unternehmerverband im bergischen Industriebezirk eine Eingabe gerichtet, in der sie an den Vorstand das Ersuchen stellen, er möchte die gesamten ihm angeschlossenen Textilfirmen veranlassen: 1. ihren Arbeitern und Arbeiterinnen einen wöchentlichen Teuerungszuschlag von 3,50 Mk. zu gewähren und 2. etwa noch bestehende Lohnkürzungen, welche während der Dauer des Krieges vorgenommen wurden, rückgängig zu machen. Begründet wird die Forderung durch den Hinweis auf die teuren Lebensmittel. Es wird in der Eingabe bemerkt, daß neben einer ansehnlichen Zahl von Unternehmern in Deutschland auch viele Städte die bestehende Teuerung durch Gewährung von Zulagen anerkannt haben. Es wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, daß der Unternehmerverband seinen Einfluß noch ganz besonders aufwenden möchte, damit die noch bestehenden Lohnherabsetzungen, die während der Dauer des Krieges in Textilbetrieben vorgenommen wurden, aufgehoben werden. Unter den bestehenden Verhältnissen seien solche Lohnkürzungen in keiner Weise zu rechtfertigen. Zum Schluß erklären sich die Vertreter der Arbeiter zu Verhandlungen bereit.

Bergarbeiter

organisiert euch alle!

Die ernste Zeit erfordert völlige Einigkeit!

Darum alle hinein in den Bergarbeiterverband

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bergarbeiterfragen im Reichstage.

Am 18. Mai beschäftigte sich auch die Budgetkommission des Reichstages mit Bergarbeiterfragen. Kamerad Sachse schilderte, wie so viele Klagen beim Verbande gleich nach Ausbruch des Krieges aus fast allen Bergrevieren eingelaufen seien. Die Verbandsleitung habe alles getan, um die Beschwerden zur Kenntnis der Behörden zu bringen und habe um Abhilfe gebeten. Die Beschwerden wurden meist geführt über schlechtere Löhne, Behandlung, Drohung mit dem Schützengraben, um die die Bergleute gefügig zu machen, über Zwang zum Verfahren von Ueberschichten selbst der kränklichen Leute, sogar über das gesetzlich verbotene Wagennullen sei geklagt worden. Die Löhne seien auch nach der amtlichen Lohnstatistik in den ersten beiden Quartalen 1914 schon stark gefallen, am allermeisten aber nach Kriegsausbruch im 3. Quartal. Am schlimmsten seien die Hauerlöhne in Rheinland-Westalen rückwärts gegangen, wo im dritten Quartal 1914 20 bis 25 Pf. pro Schicht weniger verdient wurden als im 2. Quartal. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1913 seien sogar im 3. Quartal 1914 30 bis 40 Pf. pro Schicht weniger verdient worden. Unsere Eingaben und Beschwerden hätten zwar in einigen Fällen gute Erfolge gezeitigt, aber die meisten Beschwerden seien unbeachtet geblieben. Deshalb hätten dann die vier Bergarbeiterverbände bei dem preußischen Handelsministerium und ebenso beim Ministerium in Sachsen um Einrichtung von Einigungsämtern für die Bergbaureviere gebeten. Aber die Bergherren hätten das Verlangen trotz des Burgfriedens brüsk zurückgewiesen, ja sie hätten sogar sich ausgedrückt, daß durch Verlangen von Einigungsämtern der Burgfriede gestört würde. Sachse wies auf die Verhandlungen hin, welche zwischen den vier Bergarbeiterverbänden und dem preußischen und sächsischen Ministerium wegen den Einigungsämtern und einer Teuerungszulage gepflogen worden sind. Er beklagte sich dabei über verschiedene unschöne Aeußerungen einiger Regierungsvertreter und namentlich tadelte er scharf die bekannte Rede des Herrn Kirdorf. Einige Zechen Westfalens hätten bereits zugesagte Lohnaufbesserungen nach dieser Kirdorfrede wieder zurückgezogen. In anderen Revieren, so in Schlesien und Sachsen, ebenso in Bayern, hätte man ganz unzureichende Teuerungszulagen bewilligt, aber in Westfalen hätten viele Zechen noch gar nichts bewilligt. Der Lohn habe im 4. Quartal 1914 nicht einmal den Durchschnitt vom 2. Quartal 1914 erreicht, während inzwischen die Lebensmittelpreise ganz ungeheuer gesteigert worden seien. Die Lohnstatistiken vom 1. Quartal d. J. liegen noch nicht vor. Nur ganz wenige Zechen zahlten nennenswert bessere Löhne. Die Erregung unter den Bergarbeitern sei deshalb groß. Sie werde aber noch dadurch verstärkt, daß seit der Rede Kirdorfs verschiedentlich verboten wird, über die Lohnfrage und die Rede Kirdorfs in Versammlungen zu sprechen. Auch dem Landtagsabgeordneten Hue sei kürzlich verboten worden, darüber zu reden. Ganz besonders schroff sei auch die Zensur in Münster. Die Veröffentlichung von Feldpostbriefen über Bergarbeiterfragen sei unmöglich gemacht worden. Redner bat die Reichsregierung und die Parteien, ihr Möglichstes zu tun, um die Bergarbeiter zu befriedigen. Die Abgeordneten Giesberts, Bauer und Behrens ergänzten noch die Ausführungen Sachses und baten die Regierung ebenfalls um Abhilfe. Der Herr Staatssekretär Dr. Delbrück bat, die Rede Kirdorfs nicht so tragisch zu nehmen, wie wir es tun. Im übrigen wolle er nochmals den Versuch machen, die Beschwerden zu prüfen, um eventuell Abhilfe zu schaffen. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe habe, wie es bereits für die schlesischen fiskalischen Werke geschehen sei, nun auch tunlichst bald für die westfälischen und Saarbrücker Staatswerke entsprechende Lohnaufbesserungen angeordnet. Eine Entscheidung der Privatindustrie werde also nicht erst abgewartet, wie die Redner behauptet hätten. Auch im Plenum des Reichstages werden nach Pfingsten die Bergarbeiterfragen noch kritisch behandelt.

Königreich Sachsen.

Arbeitsverhältnisse im sächsischen Bergbau.

In dem Antwortschreiben des Vereins für bergbauliche Interessen in Zwickau und Lugau-Oelsnitz wurde darauf hingewiesen, daß zur Vorbringung von Wünschen der Belegschaft die auf Grund gesetzlicher Vorschriften bestehenden Arbeiterausschüsse zuständig seien. Auch die sächsische Regierung machte in der Audienz am 20. April auf die vorhandenen Arbeiterausschüsse aufmerksam. Die auf den meisten Gruben vorhandenen Arbeiterausschüsse sind aus Werksbeamten und Arbeitern einer gelben Richtung zusammengesetzt. Diese haben vollständig versagt, sie kennen keine Klagen der Belegschaftsmitglieder. Ihnen ist nun ein Zirkular nebst Eingabe von der Bezirksleitung unseres Verbandes übermittelt worden mit dem Ersuchen, mit der Werksverwaltung über eine höhere Teuerungszulage in Verhandlungen einzutreten. Als auch diese Ermahnung fruchtlos blieb und einige Mitglieder der Ausschüsse schriftlich erklärten, daß sie es ablehnten, sich von Unberufenen in ihre Angelegenheiten einmischen zu lassen, wurden seitens der Organisation selbst Belegschaftsversammlungen einberufen. Im Bezirk Lugau haben dieselben, mit Ausnahme von zwei Werken, überall stattgefunden. Wer aber glaubt, daß die Arbeiterausschüsse in den Belegschaftsversammlungen erschienen wären, der kennt diese nicht. In einigen Versammlungen waren auch Beamte erschienen, was uns um so angenehmer war, damit sie hören konnten, was eigentlich die Arbeiter wollen. Eine Resolution, in welcher die Arbeiterausschüsse von der Belegschaft direkt aufgefordert wurden, bei den Werksverwaltungen um eine höhere Teuerungszulage vorstellig zu werden, wurde überall angenommen; auch die Beamten stimmten nicht dagegen. Die Belegschaften verlangen Klarheit, ob die Werke Entgegenkommen zeigen oder ob die Bergarbeiter noch weiter in diesen schlechten Verhältnissen ihr Leben hinfristen sollen. Es ist geradezu erstaunlich, mit welchen Ausreden einzelne Werke die Belegschaftsversammlungen glauben abtun zu können. Auf einem Werk wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß die stattgefundene Versammlung nicht von der Belegschaft einberufen und geleitet worden sei und deshalb nicht anerkannt werden könnte. Auch die angenommene Resolution wäre nicht von der Belegschaft, weil diese mit der Schreibmaschine abgefaßt sei. Tatsache ist, daß die mit der Schreibmaschine hergestellte Resolution von den anwesenden Belegschaftsmitgliedern angenommen wurde. Jedenfalls nützt es den Arbeitern sehr wenig, wenn denselben in dieser schweren Zeit immer und immer wieder erklärt wird, daß man das Wohl der Arbeiter im Auge habe, aber jetzt Zugeständnisse nicht machen könne. Von schönen Reden wird auch kein Direktor satt. Der Krieg mit seinen für die Arbeiter so ungemein schweren Opfern hat leider bei den Werksbesitzern nicht das soziale Verständnis gezeitigt, was man billigerweise hätte erwarten dürfen. Gibt es doch Beamte, welche in der Grube die Arbeiter gefragt haben, ob sie auch die Hände gehoben hätten für die Resolution. Als dieses bejaht wurde, erklärte man, daß es nächsten Monat 40 Prozent gäbe. Solche Redensarten müssen die Arbeiter nur empören und wäre es in der jetzigen Zeit wahrlich angebrachter, etwas mehr Vernunft zu zeigen.

Da schon früher und auch in den Belegschaftsversammlungen von den Bergarbeitern über das ungureichende Brotquantum Klage geführt wurde, ist von unserem Bezirksleiter Manilius Krauße eine Eingabe an das Ministerium gerichtet worden, in welcher um Abhilfe gebeten wurde. Am 15. Mai erhielt derselbe folgendes Antwortschreiben:

„Auf Ihre Eingabe vom 29. April wird Ihnen mitgeteilt, daß das Ministerium des Innern eine Mehrzuteilung von Brot an die Bergarbeiter in reifliche Erwägung gezogen hat. Die beteiligten Kommunalverbände sind um deswillen in einer schwierigen Lage, weil es sich um Gegenden mit überwiegender Arbeiterbevölkerung handelt, in denen eine Ersparnis an Mehl, die einem Teile der Bevölkerung wieder zugute kommen könnte, schwer gemacht werden kann; es würde also jede Mehrzuteilung einen Fehlbetrag zur Folge haben müssen, der für den ganzen Bezirk gefährlich werden könnte. Da auf der anderen Seite jedoch eine Unterstützung der Bergarbeiter als sehr erwünscht anerkannt wird, soll versucht werden, einen Ausgleich durch Zuweisung von Mehl durch die Landesverteilungsstelle für diesen besonderen Zweck zu schaffen. Die hierfür erforderlichen Feststellungen sind angeordnet worden."

Es besteht demnach die erfreuliche Aussicht, daß den Bergarbeitern etwas mehr Brot zugeteilt werden kann. In der Eingabe an das Ministerium ist auf die Bergarbeiter unter und über Tage hingewiesen worden. Das Mitnehmen von anderen Nahrungsmitteln in die Grube hat sich eben nicht bewährt, weil durch die Temperatur die Speisen schlecht wurden und für die Bergarbeiter die Gefahr bestand, nicht nur finanziell, sondern auch gesundheitlich geschädigt zu werden. Hoffentlich läßt das Mehr nicht allzu lange auf sich warten.

Ein schweres Grubenunglück

ereignete sich am 11. Mai auf dem Bürgerschacht I in Zwickau. In einer Strecke waren Brandgase aufgetaucht. Um diese endgültig festzustellen und ihre Beseitigung vorzubereiten, hatte die Werksverwaltung eine geübte Mannschaft von vier Mann mit Trägerapparaten aus dem Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier herbeiholen lassen. An der Untersuchung beteiligte sich noch der Obersteiger Neubert vom Bürgerschacht. Dabei sind tödlich verunglückt der Obersteiger Neubert-Zwickau, der Steiger Siegel, Leiter der Unfallhilfsstelle von Sektion VII der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, sowie der Gehilfe Emil Ficker, beide aus dem Oelsnitzer Erzgebirge. Zwei Bergarbeiter wurden wieder ins Leben zurückgerufen.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Arbeitsverhältnisse in Meuselwitz (S.-Altenburg.)

Seit Kriegsbeginn hält, mit Ausnahme der ersten Wochen, im hiesigen Braunkohlenbergbau die flotte Geschäftskonjunktur an. Täglich versucht man, die Lücken, die die Aushebung in die Reihen der Belegschaften reißt, durch frische Arbeitskräfte wieder auszugleichen. Den angeblichen Förderungsausfall sucht man durch Ueberstunden und Sonntagsschichten zu vermindern. Die Arbeiter müssen sich teilweise übermäßig anstrengen. Das wird sich natürlich später rächen. Deshalb erlaubten sich die einsichtigeren Bergleute an die Grubenverwaltungen um die Gewährung einer Teuerungszulage heranzutreten. Bewilligt wurden für den Verheirateten pro Arbeitstag 30 Pf. und für die Ledigen 20 Pf., was aber der allgemeinen Teuerung nicht entspricht. Die Bergarbeiter hatten pro Arbeitstag 50 Pf. verlangt. Von den Arbeitern wird während dieser schweren Zeit ein größeres Entgegenkommen verlangt; aber entsprechend erhöhte Löhne, daß der Mehrverbrauch an Arbeitskraft durch bessere Ernährung ausgeglichen werden könnte, werden nicht gezahlt. Den Arbeitern gegenüber wird über die jetzt so hohen Betriebskosten lamentiert, es wäre nicht möglich, mit Verdiensten rechnen zu können. Nach einer Zusammenstellung haben auf einem Werke der Fortschrittswerke in der Zeit vom 15. bis 22. April 45 Arbeiter (es waren nämlich so viel Lohntüten abgegeben worden) 306½ Schichten verfahren oder pro Arbeiter und Woche 6⅙ Schichten. Viele Arbeiter haben weit über 7 Schichten in der Woche verfahren. Für 7½ Schichten sind mit 2,10 Mk. Teuerungszulage und nach Abzug von 82 Pf. Knappschaftsbeiträgen 36,98 Mk. ausgezahlt worden. Ein anderer hat bei 8¼ Schichten und ebenfalls mit 2,10 Mk. Teuerungszulage nach Abzug von 1,00 Mk. Knappschaftskassenbeitrag 44,40 Mk. bekommen. Das sind Stundenlöhne von 46 und 58 Pf.; ein sehr großer Teil hat noch darunter verdient. Von den 45 Arbeitern, die ihre Lohntüten zur Verfügung gestellt haben, haben 20 einen Tagesverdienst bis zu 4 Mk. und 4,50 Mk., vier bis 5 Mk., acht bis 5,50 Mk. und drei Arbeiter bis 5,70 Mk. erhalten. Daraus ist zu ersehen, daß der Verdienst der Bergarbeiter bei weitem nicht so hoch ist, wie es gewisse Personen am Biertische ausposaunen. Auf dem Ottoschacht, welcher den Friedenswerken gehört, werden auf den Lohntüten die verfahrenen Schichten nicht angegeben. Aus welchem Grunde dies unterbleibt, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Wochenlöhne schwanken nach den abgegebenen Lohntüten zwischen 20,84 bis 40,47 Mk. Ob in dieser Summe die Teuerungszulage mit enthalten ist, ist nicht ersichtlich, trotzdem die Direktion zugesagt hatte, die Teuerungszulage separat zu führen. Vom 23. bis 28. April haben 87 Arbeiter auf dem Wilhelmschacht 261 Schichten verfahren. Da kommen auf den einzelnen Arbeiter 7½ Schichten pro Woche. Es ist dies eine Steigerung von ½ Schichten. Verschiedene Arbeiter sind weit über diese Durchschnittszeit hinaus in der Grube verblieben. Bis zu 8½ Schichten sind in der angegebenen Woche verfahren worden. Wenn auch die Arbeitszeit durch Sonntagsarbeit bedeutend verlängert wurde, so ist aber der Verdienst leider nicht mitgestiegen, denn es hatten 16 Arbeiter einen Tagesverdienst bis zu 4 Mk. 10 Arbeiter hatten einen solchen bis zu 5 Mk., 7 bis 5 Mk. und 4 Arbeiter einen solchen bis 6 Mk. Daraus ist ersichtlich, daß trotz verlängerter Arbeitszeit eine Verminderung des Lohnes eingetreten ist. Solche Verhältnisse existieren fast auf allen Werken.

Saargebiet und Reichslande.

Teuerungszulage auf Saar und Mosel abgelehnt.

Nach der Rede Kirdorfs hat auch die Saar- und Mosel-Gesellschaft die Forderung einer Teuerungszulage durch den Arbeiterausschuß rundweg abgelehnt. Sie hat es nicht einmal für nötig befunden, in eine Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß einzutreten. Am 11. Mai wurden die beiden Vertrauensmänner Faber und Engler zum Betriebsführer bestellt und ihnen erklärt, daß der Direktor Flake wegen seiner Krankheit nicht in der Lage wäre, in eine Verhandlung über die Eingabe betreffs Teuerungszulage einzutreten. Jedoch sei er (der Betriebsführer) beauftragt, den beiden Vertrauensmännern zu sagen, daß die Forderung einer Teuerungszulage rundweg abgelehnt sei, denn die Verwaltung sei nicht in der Lage, gegenwärtig eine solche zu gewähren. Die Löhne seien im Monat März gegen den Monat Februar im Durchschnitt um 28 Pf. pro Schicht gestiegen und sollten noch weiter steigen, d. h. wenn die Leistung sich noch steigere. Mit letzterem meinte der Betriebsführer doch sicher, daß die Bergarbeiter, trotzdem seit dem 1. April ein fein ausgeklügeltes Prämiensystem eingeführt ist, noch mehr leisten könnten und bis jetzt gefaulenzt haben. Wie weit jedoch das Prämiensystem führt (jede Kameradschaft erhält bei einer gewissen Mehrförderung pro Wagen 5 bis 10 Pf. mehr) beweisen die vielen Unglücksfälle. Vergeht doch bald kein Tag, wo nicht ein oder zwei Kumpels ins Lazarett gefahren werden. Und doch haben die meisten Kameradschaften die ausgesetzten Prämien nicht bekommen, weil ihre Leistung die Höchstgrenze erreicht hatte. Löhne von 4,50 Mk. bis 5 Mk. sind denn auch keine Seltenheit. Das Drohen mit dem Schützengraben geschieht auch hier. Und das nennt sich Burgfrieden und wohlwollendes Entgegenkommen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 22. Woche (vom 23. bis 29. Mai 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Betrifft Drohung mit dem Schützengraben usw.

Es gehen uns immer noch Beschwerden zu, daß etliche Bergbeamte den reklamierten und beurlaubten Bergarbeitern bei jeder kleinen Differenz mit dem Schützengraben drohen, den Schützengraben also als Strafanstalt und Schreckmittel benutzen. Wir bitten alle Kameraden dringend, uns solche Drohungen nicht nur mitzuteilen, sondern uns vollen Namen und eventuell auch Adresse dieser Beamten anzugeben, welche solche Drohungen aussprechen. Wenn Zeugen dabei waren, bitten wir, auch Zeugen und deren Adresse anzugeben. Wir wollen diesen groben Unfug höheren Orts zur Kenntnis bringen und den Beamten dadurch dieses traurige Handwerk legen. Deshalb bitten wir dringend, uns solche Drohungen nach Bochum mitzuteilen.

Rechtsschutz betreffend.

Bezirk Mörs. In Lintfort wird von nun an jeden Mittwoch von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Rechtsschutz erteilt.

Bezirk Senftenberg. Wegen Einziehung des Bezirksleiters Briewig zum Militär bleibt das Bureau in Senftenberg nur eine Woche um die andere auf drei Tage, Mittwoch bis Freitag, geöffnet, und zwar im Juni nur vom 9. bis 11. und vom 23. bis 25. inklusive, und zwar jedesmal von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Wir bitten, sich das zu merken, um unnötige Wege zu sparen, weil der Stellvertreter Briewigs nur an diesen Tagen anwesend sein kann.

Recklinghausen. Die Sprechstunden finden an folgenden Tagen statt: Donnerstag und Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. An den anderen Tagen und Zeiten ist das Bureau geschlossen. Wir bitten die Mitglieder dieses zu beachten, damit unnötige Wege erspart bleiben.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Dahlhausen II. Vom 6. bis 19. Juni.
Bezirk Lugau. 15. Mai bis 13. Juni. (Durch die Bezirksleitung.)
Bezirk Zwickau. 20. Juni bis 15. Juli. (Durch die Bezirksleitung.)

Bibliotheken.

Buer. Die Bibliothek ist laut Beschluß der Kartellsitzung jeden ersten Sonntag im Monat von 12 bis 1 Uhr mittags geöffnet.

† Sterbetafel †

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Christ. Riemann, E.-Frohnhausen.	Gustav Eberfold, Witten-Ruhr.
Gottlieb Spieler, Marzloh I.	Diedrich Fleer, Brechten.
Johann Wojtynka, Birkenhain.	Gustav Peter, Dortmund I.
Wilhelm Halfen, Gruhlwerk.	Karl Hoffmann, Hohenmölsen.
Wilh. Rollshofen, Vereinigte Ville.	Kurt Gräfe, Hohenmölsen.
Heinrich Eichhorn, Hötensleben.	Richard Schnurr, Hohenmölsen.
Karl Müller, Unna.	Paul Kastner, Eving I.
Wilhelm Kikull, Bochum VIII.	Wilhelm Bollacke, Stockum.
August Bleidick, Sölde.	Wilhelm Gonschoreck, Stockum.
Friedrich Hillgraf, Hiesfeld.	Albert Nölken, Stockum.
Emil Metchen, Herne I.	Karl Blatta, Merlenbach.
August Lill, Carnap.	Johann Bier, Merlenbach.
Theophil Grzywotz, Ruda.	Ernst Rich. Kästner, Wilmsdorf.
Wilhelm Schulz, Kray.	Fritz Renner, Weißstein.
Hermann Batzkus, Kray.	Otto Schmidt, Castrop II.
Friedrich Kastske, Kray.	Viktor Denter, Dülmen.
Otto Zimmermann, Oespel II.	Karl Barth, Gelsenkirchen I.

Die Zahl der bisher gefallenen Verbandsmitglieder beträgt 1528.

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Berichtigung. In Nr. 21 ist Kam. Gustav Lapp irrtümlich unter Castrop und Rauxel-Schwerin als gefallen gemeldet. Er gehörte zur Zahlstelle Rauxel-Schwerin.